

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3.—, Einschlag tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingstraße 14, II. Tel. 3485. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zingstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die halbspaltige Zeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 197.

Dresden, Montag den 26. August 1912.

23. Jahrg.

Jammer im Reichsverband.

Noch ist das fröhliche Lachen über die gefällige Ethik, die mit dem Reichsverbandsgenossen auf Kosten der Herren Sommerrenten durchs Land zog, nicht ganz verstummt, und wieder ist uns ein Blick hinter die Kulissen des Reichsverbandstheater's bergmüt. Der Wind weht uns einige recht interessante Dokumente zu. Zunächst folgendes:

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Hauptstelle.
Alten: Dorf.
Dikt. Dr. B.
Gef. Dr. G.

Am 19. Mai hat in Ostrow der Mecklenburgische Gewerband des Bundes deutscher Arbeitervereine eine Arbeiterversammlung abgehalten. Aus dem uns übermittelten Protokoll ist zu ersehen, daß in der Mecklenburgischen Arbeitervereine — und vermutlich in den anderen Mecklenburgischen Arbeitervereine — sich jahrelang reichliche Elemente einschlichen, die möglichst wenig für die Sache selbst taten, dagegen möglichst viel an finanzieller Opferung, dagegen ergatterten wollen. Ueber diesen Punkt unterhält sich der Vorsitzende des Mecklenburgischen Gewerbandes, Herr Dr. Bismarck, laut Protokoll folgendermaßen aus:

„Mit aufrichtiger Sorge habe ich die Vorarbeiten des Gewerbandes dieser Mitglieder, die möglichst keinen Pfennig Beitrag bezahlen, dafür aber möglichst viele Gelder aus dem Gewerbande und den Vereinen herausziehen möchten. Derartige Mitglieder, die er mit keinem anderen Namen wie „Parasiten“ und „Blutsauger“ belegen kann, seien ein Krebsgeschwür für den Gewerband und die Vereine, und es sei weit besser, wenn diese so schnell wie möglich unserer Bewegung den Rücken kehren, da sie uns nur unangehörigen Schaden zufügen. Die Idee der Scham könne einem im Geschäft treten, wenn man die Klagen anderer Mitglieder über die ganz und gar geringe Höhe der Beiträge, die von den einzelnen Vereinen erhoben werden, vernimmt; er müsse da die „Genossen“ als Beispiel hinweisen, die, ohne mit der

Wimper zu zucken, die ungeheuer hohen Gewerband- und Parteibeträge flaglos bezahlten, obgleich ihnen nicht unbekannt sei, daß sie noch nicht einmal 1/4 ihrer eingezahlten Beiträge an Unterhaltungen usw. wieder herausbekämen, während bei uns alle eingezahlten Beiträge für Unterhaltungen verwandt werden sollen. Geradezu niederschlagend sei die erschütterliche Höhe des Gehalts, das an den Geschäftsführer und die Kontoristen gezahlt würde. Hierin müsse unbedingt ein gründlicher Wandel und eine Senkung eintreten, sonst könnten niemals die gesteckten Ziele erreicht werden, und deshalb richte er die erste und dringlichste Forderung an die Abgeordneten, in diesem Sinne auf die einzelnen Mitglieder in ihren Vereinen hinzuwirken. — Nur ganz von heiliger Vaterlands- und Fürstentum besessene Männer können wir in unserem schweren Kampf gegen die heranrückende rote Flut gebrauchen, keine Schwächlinge und Feiglinge, die nur die Bezüge und damit den Gewerband als „melkende Kuh“ betrachten. — Die Opferwilligkeit und die Verneinung des Lebens sei, wie der Geschäftsführer bereits so trefflich ausgeführt habe, eine Lebensfrage für den Gewerband und die Vereine, damit man später den Mitgliedern mehr materielle Vorteile bieten könne wie die Gegner, ohne so enorm hohe Beiträge zu erheben wie jene. — Man solle doch auch nicht mit so kindlichen Entgegnungen kommen, daß vorläufig noch keine erheblichen Unterhaltungen gewährt werden könnten, dies sei doch ganz selbstverständlich, denn aus einem „Nichts“ kann eben nur ein „Nichts“ entstehen, dies sei eine alte Weisheitslehre.“

Auf dieselbe Tagung wurde eine Entschlossenheit gefaßt, in der der Mecklenburgische Gewerband sich ganz und gar dem Reichsverband angeschlossen hat, der für Mecklenburg ein besonderes Bundesorgan geschaffen wird, weil man mit der „Deutschen Truppe“ in Mecklenburg nicht zufrieden ist.

Die Hauptstelle.
Dr. Bodenhausen.

Es ist nicht nötig, die Bemerkung dieses reichsverbandlerischen Abgeordneten über die „ungeheuer hohen Gewerband- und Parteibeträge“ näher zu behandeln. Die Mitglieder der freien Gewerkschaften wissen recht gut, daß sie Opfer bringen müssen, um sich gegen Unternehmermacht zu schützen und um ihre Lebensbedingungen ein Stück zu verbessern. Sie bringen die Opfer, weil sie das Bewußtsein in sich tragen, daß sie unbedingt nötig sind und daß sie für eine gute und erfolgreiche Sache gebracht werden. Natürlich ist es auch eine große Kränkung der Wahrheit, wenn der Mecklenburgische Reichsverbandler sagt, daß bei den freien Gewerkschaften noch nicht einmal ein Viertel der eingezahlten Beiträge für Unterhaltungen verwendet werden. Tatsächlich wird, wie die letzte Abrechnung der Generalkommission für 1911 zeigt, mehr als ein Drittel der Einnahmen für unmittelbare Unterhaltungs-zwecke aufgewendet. Es ist lächerlich, zu behaupten, daß die „nationalen Vereine“ alle Beiträge zu Unterhaltungen verwenden wollen; sie brauchen selbstredend auch Mittel für ihre Verwaltung, für Agitation usw. Wie es sonst in diesen „nationalen Arbeitervereinen“ aussieht, dafür bietet das obige Schreiben ein klares Bild.

Es kann in diesen Vereinen, die sich lächerlich mit dem Wort „national“ schmücken, auch gar nicht anders sein, als es das Jammerfahnen des Reichsverbandesführers Dr. Bodenhausen jetzt zugeht. In diesen Vereinen kommen die Arbeiter nicht aus Verstand, aus freiem Willen und ehelicher Absicht. Ein Teil wird durch die Unternehmer gezwungen zum Beitritt gezwungen, ein anderer Teil geht hin, um Sondervorzueile zu ergattern. Der Reichsverbandbeständige geht zu unserem besonderen Vergnügen, daß es zum Teil die allererschlechtesten Elemente sind, die sich in die „nationalen Arbeitervereine“ einschreiben lassen. Diese allererschlechtesten Elemente sind aber andererseits auch wieder die vielgeliebten „Arbeitswilligen“, zu deren Verherrlichung die Reichsverbandspresse nicht genug Federkraft zu verweisen kann. Der Reichsverband bezuglich der Reichsverband „Parasiten“ und „Blutsauger“ zahlreich in den Reihen dieser „nationalen“ Arbeiterwilligengarde stehen. Wir haben dieser Charakteristik nichts hinzuzufügen.

Die Fleischnot.

Regierungsmaßnahmen.

Der Bundesrat hat einige Vorschriften erlassen, durch welche die bisher geltenden Bestimmungen über die Ausfuhrungen des Fleischbeschlages in einigen Punkten geändert werden. Bisher mußte das durch Fäulnis brauchbar gemachte fleisch allgemein als bedingt unzulässig erklärt und auf die Freibank verwiesen werden. Diese Beschränkung fällt künftig für das gepökelte Fleisch einseitiger Rinder weg. Solches Fleisch darf also künftig ohne jede Einschränkung dem freien Verkehr überlassen werden. Die Folge dieser Maßnahme ist, daß das bisher auf der Freibank billiger verkaufte Fleisch nunmehr vom Publikum zu den normalen Preisen erstanden werden muß. Außerdem hat der Bundesrat gestattet, daß aus dem Auslande Pferde Därme eingeführt werden dürfen, und weiter trat eine Milderung des Verfahrens bei Beanspruchung von Tierkörpern wegen Fleischer ein.

Was der Bundesrat da beordnet hat, das ließ sich fast wie ein schlechter Scherz angesichts der täglich zunehmenden geradezu ungeheuerlichen Teuerung. Es wird einer kräftigen Volkswirtschaft bedürfen, um die Regierung an ihre Pflicht zu gemahnen.

Geschlossene Fleischmärkte.

Der Obermeister Erhardt von der Schlächterinnung in Schöneberg erklärte dem Berichterstatter des Berl. Tageblatts, es habe bis jetzt — eine genaue Statistik läßt sich natürlich nicht geben — jeder fünfte Fleischhauer in Groß-Berlin sein Geschäft geschlossen. Es sind dies zum Teil die kapitalstarken Fleischhauer. Doch auch die vermögenden denken schon daran, zu sperren, weil — wie Herr Erhardt behauptet — in den Gegenden, wo nicht ein besonders reiches Publikum wohnt, nichts mehr verdient werden könne. Alle Versuche, eine Verbilligung des Fleisches herbeizuführen, seien vergeblich gewesen. Selbst die Eingaben des Fleischerverbandes in Mainz, der viele tausend Mitglieder zählt, blieben unbeachtet. Herr Erhardt führt die Notlage auf die agrarierfreundliche Haltung der Regierung zurück. Oesterreich-Ungarn, das einst Deutschland reichlich mit Fleisch versorgte, sei heute ebenfalls nur durch die agrarische Haltung seiner Regierung in Notstand gekommen. Es gebe nur ein Mittel: Dehnung der Grenzen für Leberndvieh.

„Es ist nachgewiesen...“

Die Deutsche Tageszeitung schreibt:

Hundertmal ist der Nachweis geführt worden, daß in den letzten Jahrzehnten die heimische Viehzucht weit stärker zugenommen hat als die Bevölkerung. Es ist weiter nachgewiesen worden, daß auch in diesem Jahre der Auftrieb auf den größten Schlachtviehmärkten Deutschlands stärker war als in der entsprechenden Zeit des Jahres vorher. Es ist ferner nachgewiesen worden, und zwar durch Mitteilung der Marktberichte, daß in letzter Zeit auf vielen großen Viehmärkten starker Leberstand besteht, daß der Viehhandel langsam, schleppend, ruhig war... Die Viehwirtschaft hat ihre Pflicht getan; sie hat selbst in dem letzten schlechten Futterjahre ihren Viehstand mit großen Opfern erhalten. Es ist und bleibt fruchtbar, ihr nachzugehen, daß sie irgendeine die Schuld an den heutigen hohen Fleischpreisen trägt.

Zugleich macht das Berliner Tageblatt eine Statistik auf, aus der hervorgeht, daß der Rindvieh- und Schafbestand im Verhältnis zur Bevölkerungszahl in Preußen ständig gesunken ist. Er betrug pro Tausend der Bevölkerung an Rindvieh bezw. Schafen: 1867: 334 (33), 1892: 322 (32), 1911: 287 (11). Es wurde im Jahre 1912 bisher nicht entsprechend der um mehr als eine Million gemachten Bevölkerung, etwa mehr Hornvieh als 1900 geschlachtet, sondern gerade umgekehrt. Im letzten Berichtsquartal April/Juni 1912 wurden gegen dasselbe Quartal 1909 der amtlichen Schlachtvieh- und Fleischbeschlachtungen vorgeführt: 27 823 Bullen und Ochsen weniger, 13 072 Jungziegen weniger, 104 982 Kälber weniger, 12 175 Schafe weniger; mithin 156 050 Stück Hornvieh weniger (bei einer Million Menschen mehr!).

Auf der anderen Seite ist allerdings wieder die Schweineproduktion gewaltig gestiegen, von 1908 auf 1911 um 3,8 Millionen Stück. Der Großgrundbesitz ist an diesen Leistungen jedenfalls am wenigsten beteiligt.

Uebrigens kann selbst die Deutsche Tageszeitung nicht mehr leugnen, daß die Dehnung der Grenzen wenigstens eine augenblickliche Erleichterung bringen könnte. Schreibt sie doch, daß „ein Abbau des Schutzes der deutschen Viehzucht“ vielleicht billiger Wochen, aber sicher teure Jahre bringen würde. Sie klammert sich dabei noch immer an das Märchen, daß die Dehnung der Grenzen die deutsche Landwirtschaft ruinieren würde. Daß die Sperrung der Grenzen die deutsche Viehzucht ruiniert, ist ihr natürlich gleichgültig.

Die türkische Lage.

Die Ministerreise beenden.

Konstantinopel, 24. August. Der frühere Minister Aristid Pascha ist zum Postminister, Senator Halim Bey zum Justizminister und Danial Bey zum Minister des Innern ernannt worden. Das Ministerium ist nunmehr vollständig. Die Minister des Innern, der Marine, der Justiz und der Post sind ehemalige Anhänger oder Freunde des Komitees und vertreten die Richtung Hilmi. Die Gruppe Hamid umfasst den Scheich ul Islam und die Minister des Neuherrn, der Finanzen, des Handels und des Unterrichts.

Das albanische Weisheits.

Salonik, 25. August. Nach einer Meldung aus Durazzo wurden Militärabteilungen, die die Straße nach Durazzo besetzt hielten, von Arnauten aus Mattia, Matia und Gora angegriffen. Ein besonders heftiger Zusammenstoß erfolgte bei Raspol. Hierfür Arnauten sollen verantwortlich sein. Die Verluste des Militärs sind unbekannt.

Belgrad, 25. August. Die Blätter veröffentlichen Meldungen über ein Vorgehen von den Albanern in Serbien und Belgrad. Die Serben sind durch die Albaner in Serbien und Belgrad angegriffen worden. Serbien wird das Recht bestritten, daß die Albaner auch in Kosowaja ein Serbenmassaker planen. Die Zeitungen fordern die Regierung auf, zum Schutze der Stammesgenossen energische Maßnahmen zu treffen.

Salonik, 25. August. Es bestätigt sich, daß die aus Uscub nach ihren Dörfern zurückgezogenen Albaner das Waffendepot von Gjeshtera eroberten und die darin befindlichen Waffen erbeutet haben.

Weslitz, 25. August. Bei der Vernehmung der Militärdeponierten sich die Albaner in Jpeel 3000, in Djakoba 2000 Gewehre mit der nötigen Munition an. Zuvor erludien die Arnautenführer, die mit ihrer Gefolgschaft hier weilten, den türkischen Kommandanten um Gewehre mit der Begründung, daß sie gegen Montenegro marschieren wollten. Ibrahim Pascha verweigerte jedoch die

Die Hauptstelle. Dr. Bodenhausen.
Hundert man sich schon, daß so etwas in Deutschland frei herauslaufen darf, so ist man geradezu entsetzt, daß der Reichsverband solche Delirien der Albernheit, offenbar als wertvolles Material, an seine Herren Vorstandsmitglieder herausgibt. Das müssen ja Geistesheilen ersten Ranges sein!

Eine andere Seite des reichsverbandlerischen Elends offenbart sich in folgendem Schriftstück:

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Hauptstelle.

Alten: R. v. a.
Dikt. Dr. B.
Gef. Dr. G.

Am 19. Mai hat in Ostrow der Mecklenburgische Gewerband des Bundes deutscher Arbeitervereine eine Arbeiterversammlung abgehalten. Aus dem uns übermittelten Protokoll ist zu ersehen, daß in der Mecklenburgischen Arbeitervereine — und vermutlich in den anderen Mecklenburgischen Arbeitervereine — sich jahrelang reichliche Elemente einschlichen, die möglichst wenig für die Sache selbst taten, dagegen möglichst viel an finanzieller Opferung, dagegen ergatterten wollen. Ueber diesen Punkt unterhält sich der Vorsitzende des Mecklenburgischen Gewerbandes, Herr Dr. Bismarck, laut Protokoll folgendermaßen aus:

„Mit aufrichtiger Sorge habe ich die Vorarbeiten des Gewerbandes dieser Mitglieder, die möglichst keinen Pfennig Beitrag bezahlen, dafür aber möglichst viele Gelder aus dem Gewerbande und den Vereinen herausziehen möchten. Derartige Mitglieder, die er mit keinem anderen Namen wie „Parasiten“ und „Blutsauger“ belegen kann, seien ein Krebsgeschwür für den Gewerband und die Vereine, und es sei weit besser, wenn diese so schnell wie möglich unserer Bewegung den Rücken kehren, da sie uns nur unangehörigen Schaden zufügen. Die Idee der Scham könne einem im Geschäft treten, wenn man die Klagen anderer Mitglieder über die ganz und gar geringe Höhe der Beiträge, die von den einzelnen Vereinen erhoben werden, vernimmt; er müsse da die „Genossen“ als Beispiel hinweisen, die, ohne mit der